

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Waldenberger,  
Sehr geehrte Damen und Herren aus den Amtsleitungen,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen, Werte anwesenden Gäste

Gleich zu Beginn meiner Stellungnahme bedanke ich mich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen bei der Kämmerei der Stadt Lauffen, hier vertreten durch Herrn Schuh für die Vorstellung und Erläuterung des wie immer sehr detaillierten und gut erklärten und damit stimmigen und überzeugenden Haushaltsentwurfes.

Auch nach 24 Monaten beeinflusst die Covid-19 Pandemie mit ihren gesundheitlichen, strukturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen das Geschehen in unserer Stadt. In dieser Zeit leistete die gesamte Verwaltung Außerordentliches zur Einhaltung aller Abläufe und Verwaltungsfunktionen. Auch dafür danke ich für unsere Fraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung.

Es greift zu kurz, wenn wir nur die Auswirkungen der Pandemie für die schwierige Haushaltssituation verantwortlich machen, denn lediglich bei den Gewerbesteuererträgen spielen die wirtschaftlichen Auswirkungen eine große Rolle. Bei den Umlagen aus der Einkommensteuer hatten wir sogar höhere Einnahmen. Auch der Trend über 10 Jahre zeigt ständig nach oben. Die Umsatzsteuerumlage ist festgelegt und für uns kaum konsequent kalkulierbar. Sicherlich hat bei der reduzierten Summe das veränderte Konsumklima eine gewisse Bedeutung. Die Schlüsselzuweisungen bzw. die Investitionszulagen des Landes stellen sich wie immer als nur bedingt einschätzbar dar. Unsere Fraktion kam zu dem Schluss, dass auch die kommenden Jahre aufgrund dieser unsicheren Einnahmesituation durch Haushaltsdefizite geprägt sein werden. Dies bestätigt auch die mittelfristige Finanzplanung der Verwaltung.

Welche Stellschrauben, an denen Gemeinderat und Verwaltung gemeinsam drehen sollten, haben wir nun?

Ich habe in meiner langen Berufslaufbahn gelernt, dass man unberechenbare oder gar sinkende Einnahmen entweder durch Erhöhung der Einnahmen oder durch Senkung der Ausgaben ausgleichen kann. Für unsere Stadt, wie für alle Kommunen, sind solche selbst festgelegte Einnahmen nur die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, andere kommunale Steuern und die von der Stadt selbst festgelegten Gebühren, wie Freibadgebühren, Friedhofsgebühren, oder Kinderbetreuungsgebühren, um nur die wichtigsten zu nennen.

Bei den Ausgaben fallen sofort die Personalaufwendungen ins Auge. Der Hintergrund der Kostensteigerung ist in der Vorlage plausibel erklärt. Auch bei den anderen Ausgaben hat die Verwaltung konservativ geplant, also gespart, wo immer das möglich ist. Viele Positionen sind allerdings finanziell vorgegeben. Es ist die Pflichtaufgabe unserer Stadt, Kinder zu betreuen, die Verwaltung zu organisieren und über die wertvollen Arbeiten der Stadtgärtnerei und des Bauhofs Plätze, Straßen und Grünflächen in Ordnung zu halten. Auf die Finanzausgleichsumlage und die Kreisumlage haben wir nur sehr bedingten Einfluss. Beide Umlagen werden im Jahr 2022 zu einer Erhöhung von 550.000 € führen und stellen mit 8,7 Millionen Euro einen sehr bedeutenden Posten unserer Ausgaben dar.

Hinzu kommen in den kommenden Jahren die Aufwendungen der großen gesellschaftlichen Themen, wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, weiterhin steigende Kosten für die unverzichtbare und notwendige qualitative hochwertige Kinderbetreuung und schulische Bildung.

Dies bedeutet: Mut bei der Festlegung der Einnahmen ist angesagt - für Verwaltung und Gemeinderat. Wir dürfen nicht länger so tun, als ob wir die Einnahmeseite im Schongang betreiben, während sich die Ausgabenseite kontinuierlich erhöht. Auch wir in Lauffen müssen für eine ausgeglichene Ertrags- und Ausgabenrechnung sorgen. Damit sollte es

allen klar sein, dass Bürgerinnen und Bürger, aber auch Handel, Gewerbe und Industrie direkt oder indirekt mit für diesen Ausgleich zu sorgen haben. Die Erhöhung der Grundsteuer und die Umsetzung der vom Land angekündigten Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke darf kein Tabu mehr sein. Hier hat der Gesetzgeber neue Voraussetzungen geschaffen, die wir unbedingt nutzen sollten. Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes sollte zumindest diskutiert werden. Andere Steuerarten wie Vergnügungssteuer oder Hundesteuer spielen bei der Gesamtbetrachtung zwar keine Rolle, dürfen aber ebenso wenig unbeachtet bleiben, wie die Gebührensituation einiger von der Stadt festgelegten Gebühren, natürlich immer mit Rücksicht auf soziale Gerechtigkeit.

Es ist immer schwierig, mit dieser Realität konfrontiert zu werden. Die unbequeme Wahrheit der Alternative muss den Bürgerinnen und Bürgern trotzdem vor Augen geführt werden: eine Leistungsreduzierung auf allen Gebieten. Also: lassen Sie uns den Realitäten ins Auge schauen und für eine Zunahme bei direkt beeinflussbaren Einnahmen sorgen.

Die für uns nur theoretisch bestehende Alternative wird in der mittelfristigen Finanzplanung sehr deutlich: ein zunehmender Pro-Kopf-Verschuldungsgrad der Bürgerschaft. Diese Option dürfen wir nicht andenken, denn solche Schulden werden Generationsschulden sein.

Werfen wir nach der Kostenbetrachtung einen Blick auf die Investitionen. Hier galt die oberste Prämisse von Verwaltung und Gemeinderat, alle laufenden und langfristig geplante Projekte unverändert fortzusetzen bzw. zum Abschluss zu bringen. Kinderbetreuung und Schulen stehen bei den Investitionen an oberster Stelle. Die Generalsanierung am Schulzentrum Hölderlin-Realschule bzw. an der Werkrealschule ist so gut wie abgeschlossen. Der Neubau einer Kindertagesstätte in der Bismarckstraße wird es im Jahr 2022 sein. Das Projekt des barrierefreien Bahnhofs geht voran, auch wenn die Kostenexplosion Verwaltung und Gemeinderat geschockt haben. Unsere innerstädtischen Sanierungsgebiete

bieten eine Chance für Innenstadtverdichtung. Die Planung dieser Positionen ist ebenso notwendig, wie die Ausgaben für die Sicherung der ärztlichen Versorgung. Unsere teilweise sehr schadhaften Ortstraßen setzen wir nur da instand, wo es die Verkehrssicherheit notwendig macht. Auch Stadtgärtnerei, Bauhof und Feuerwehr planen nur unumgängliche Investitionen.

Beim Thema Radwege innerhalb des Stadtgebiets mit dem Ziel eines sichereren und damit deutlich verbesserten Fahrradverkehr in unserer Stadt sind in Planung. Auch hier steht eine Kosten/Nutzen-Betrachtung immer im Fokus. Unsere Gemeinderatsfraktion begrüßt ausdrücklich den verbesserten innerstädtischen Radverkehr. Außerhalb der Stadtgrenzen schließt der vom Land finanzierte Radwegausbau nach Kirchheim die letzte Lücke der Radwege nachdem im vergangenen Jahr die verbesserte Radweganbindung nach Brackenheim abgeschlossen wurde.

Wir plädieren dafür, die Erweiterungsplanung für das Neubaugebiet Oberer Seugen II, 2.BA derzeit nicht weiter zu verfolgen. Unsere Haltung dazu haben wir Verwaltung und den anderen Fraktionen des Gemeinderats ausführlich mitgeteilt. Bei immer noch sehr zahlreichen unbebauten innerstädtischen Flächen sowie Gebäudeleerständen in unbekannter Größenordnung wollen wir keinen zusätzlichen Flächenverbrauch. Das angestrebte Null-Hektar Ziel der Landesregierung bis 2035 erreichen wir nicht durch Ausweisung neuer Wohngebiete.

Die Pandemiezeit sorgt leider auch weiterhin für ein sehr reduziertes Vereinsleben in der Stadt. Die Kirchen müssen bis heute ebenfalls deutliche Einschränkungen bei Gottesdiensten und seelsorgerischer Arbeit erdulden. Wir bewundern und danken an dieser Stelle allen, die sich dafür engagiert haben, diese Beschränkungen durch Online-Angebote wenigstens teilweise auszugleichen. Unser Dank gilt somit allen engagierten Menschen aus den Kirchengemeinden sowie den Vereinsvorstandsgremien. Wie die gesamte Bevölkerung

hoffen wir auf eine baldige Rückkehr zur Normalität im Vereins- und Kirchenleben. Es ist gut zu sehen, dass das reichhaltige Lauffener Kultur- und Wissensangebot wie „Bühne frei“ und „Lauffen will es wissen“ wenn auch immer noch etwas reduziert wieder begonnen hat..

Wir freuen uns über den aktiven Jugendrat unserer Stadt und über die permanente und damit engste, zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Jugendrat.

Wir halten es bei unserer Haushaltsrede für besonders erwähnenswert, dass die Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Lauffen, Neckarwestheim und Nordheim durch die Schaffung der Stelle für einen gemeinsamen Klimabeauftragten ein Zeichen für den Beitrag dieser Kommunen beim Kampf gegen den Klimawandel setzt. Kommunale Klimaneutralität bis 2035 ist mehr als nur ein Ziel und eine Herausforderung. Sie ist eine Notwendigkeit, gerade für die künftigen Generationen.

Unsere Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2022 und der entsprechenden Haushaltsatzung zu. Durch die zunehmende Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben, auch als Folge der Pandemie, sehen wir die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2025 als eher unsichere Prognose an. Wir stimmen rein formell diesen verwaltungstechnisch notwendigen Planzahlen zu. Sparen allein wird nicht ausreichen. Wir brauchen Mut, uns mit den Positionen der kommunal festgelegten Steuern und Abgaben zu beschäftigen, natürlich immer unter Aspekten von sozialer Gerechtigkeit und Machbarkeit.

Lassen Sie uns die Bevölkerung in die notwendigen Prozesse mit einbeziehen. Ja, es wird wie immer kritische Stimmen geben, denen wir aber durch klare, offene Kommunikation ermöglichen müssen, die Zusammenhänge und die notwendigen Maßnahmen besser zu verstehen. Wir erleben die Wichtigkeit guter und klarer Kommunikation momentan sehr deutlich bei den Aussagen auf den so genannten „Spaziergängen“ im gesamten Land. Ich

bin sehr sicher, dass wir der überwiegenden Mehrheit der Menschen in Lauffen sehr deutlich erklären können, warum die Situation des kommunalen Haushalts so ist, wie wir sie auch bei diesem Haushaltsentwurf und der Planung der nächsten Jahre sehen.

Die Zeit, in der wir gerade leben, ist von Ängsten und Unsicherheit geprägt. Um unsere starke Demokratie mit dem Fundament des Grundgesetzes beneiden uns viele andere Nationen. Uns vom Lauffener Gemeinderat, wie vielen anderen demokratischen Parteien und Wählervereinigungen in den Gremien von Städten und Gemeinden kommt eine besondere Verantwortung zu: Die Stärkung des Zusammenhalts und die Verteidigung der Werte unserer Demokratie.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Waldenberger, meine Damen und Herren der Verwaltung: Sie alle haben eine sehr schwierige Zeit hinter – aber auch noch vor sich. Danke für alle Ihre Arbeit – im Interesse unserer Stadt. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gremiums danke ich für die stets konstruktive Zusammenarbeit. Bei allen politischen Unterschieden zeigen gerade wir, die fünf Gemeinderatsfraktionen des Lauffener Gemeinderats, wie Demokratie funktioniert. Lassen Sie uns alle weiter für die Bürgerinnen und Bürger ein Beispiel dafür sein.